

Für ein Grundsatzprogramm der europäischen Gewerkschaftsbewegung!

I

Diese Konferenz¹⁾ hat einmal die Aufgabe, Rückblick auf die vergangenen Jahre zu halten und zum andern, die Wege der zukünftigen Arbeit festzulegen.

Wenn man davon ausgeht, daß gewerkschaftspolitische Fragen von den organisatorischen nicht zu trennen sind, dann wird es unumgänglich sein, zunächst einmal die bisherige Entwicklung der europäischen Integration in ihrer Gesamtheit klar und deutlich zu analysieren, um die richtigen Schlußfolgerungen für unsere Gewerkschaftsbewegung daraus abzuleiten.

Diese erforderliche Analyse muß natürlich alle wesentlichen Faktoren mit einbeziehen, die die Richtung und das Tempo der wirtschaftlichen und sozialen Integration in Europa bestimmen und beeinflussen. Ich möchte mich auf drei Bereiche beschränken, die mir besonders wichtig erscheinen. Sie stehen nicht isoliert nebeneinander, sondern in einem engen Zusammenhang. Es sind dies:

1. die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Regierungen,
2. die Tendenzen der Wirtschaftspolitik und insbesondere der Einkommenspolitik der EWG und
3. die gewerkschaftspolitischen und organisatorischen Antworten darauf.

.Die europäischen Gewerkschaftsbewegungen haben die demokratischen Bestrebungen zur Einigung Europas nach dem zweiten Weltkrieg schon in ihren Anfängen unterstützt. Sie taten dies nicht ohne Vorbehalte, und sie haben auch heftige Kritik geübt bei der Gründung und dem Aufbau der Montanunion, EWG und EURATOM. Aber diese Kritik richtete sich niemals gegen den europäischen Zusammenschluß an sich. Sie zielte vielmehr im Gegenteil darauf ab, die europäische Integration zu stärken, den Prozeß zu beschleunigen und dem sich entwickelnden Europa eine *demokratische Struktur* zu geben.

Welches waren nun die Gründe, die die Gewerkschaften zu dieser positiven Haltung veranlaßten? Wir sind der festen Überzeugung, daß die Überwindung der nationalen Grenzen in Europa die einzige Möglichkeit bietet, in Zukunft mit den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemen fertig zu werden, die uns in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts gestellt sind. Das gilt nicht nur für die europäischen Staaten selbst, sondern auch in starkem Maße in ihrem Verhältnis und ihrer Verantwortung für die Entwicklungsländer. Der Nationalstaat mit seinen eifersüchtig gehüteten Souveränitätsrechten sollte endgültig der Vergangenheit angehören.

Wir wissen heute mehr denn je, daß die Einheit Europas die unabdingbare Voraussetzung ist für die endgültige Sicherung des Friedens in diesem Erdteil. Sie bietet zugleich die Möglichkeit, Europas Bedeutung in der Welt zu stärken.

Aus dieser Einsicht ergibt sich zwangsläufig, daß die europäische Integration von dem Gedanken der *Supra-Nationalität* getragen sein muß. Europäische Einheit heißt eben nicht bloße Zusammenarbeit der weiterhin souveränen Nationen, sondern Zusammenschluß zum gemeinsamen Handeln. Wir wenden uns daher entschieden gegen die Auffassung, ein mehr oder minder unverbindliches Europa der Vaterländer zu schaffen.

1) Der folgende Text entspricht im wesentlichen der Diskussionsrede, die Otto Brenner im November 1966 in Rom auf der 5. Generalversammlung der freien Gewerkschaften der Europäischen Gemeinschaften gehalten hat. (Anm. d. Red.)

Je mehr nationale Kompetenzen auf europäische Institutionen übertragen werden, um so dringlicher stellt sich aber zugleich das Problem ihrer *demokratischen Kontrolle*.

Die Gewerkschaften sind ihrem Wesen nach demokratische Organisationen, die frei und unabhängig sein müssen vom Staat, von den Arbeitgebern, von politischen Parteien oder kirchlichen Institutionen. Sie können nur in Staatswesen existieren, die ihnen Freiheit und Unabhängigkeit garantieren. Und weil zu ihrem Lebenselement die Demokratie gehört, sind und bleiben sie die stärkste Stütze eines demokratischen Staates.

Die Demokratisierung der europäischen Institutionen ist bei dem gegenwärtigen Stand der Integration eine der wichtigsten Aufgaben. Das Prinzip der Supra-Nationalität, das wir voll unterstützen, verlangt die *gleichzeitige* Entwicklung wirkungsvoller demokratischer Organe in allen europäischen Institutionen.

Ein weiterer wichtiger Grund für die positive Haltung der Gewerkschaften zur europäischen Integration ist die Überzeugung, daß durch den wirtschaftlichen Zusammenschluß die realen Möglichkeiten zur Erhöhung des Lebensstandards der breiten Massen der Bevölkerung vergrößert werden können. Es wäre aber zweifellos illusionär zu glauben, daß der Abbau der Zölle und sonstigen Handelsbeschränkungen zwischen den Ländern *automatisch* zu einer Verbesserung des Lebensstandards führt. Die bisherige Praxis hat den Beweis erbracht, wie sehr und gegen welche Widerstände jeder soziale Fortschritt durch die gewerkschaftliche Aktivität erkämpft werden muß.

Wir, als die Vertreter der sechs Länder-Gewerkschaften, haben uns für eine *offene* Gemeinschaft eingesetzt, *offen* zum Beitritt für alle demokratischen Länder Europas und *offen* im Sinne einer weltoffenen Politik, die sich nicht auf wirtschaftliche Autarkie und auf wirtschaftspolitische Blockbildung ausrichtet. Insbesondere der Beitritt der gefestigten Demokratien, wie Großbritannien, Schweden, Dänemark und Norwegen, wäre eine wirksame Garantie, konservative und autoritäre Staatsvorstellungen im werdenden Europa im Keim zu ersticken. — Hier möchte ich auch betonen, daß wir den Wunsch unserer israelischen Freunde nach Assoziierung voll und ganz unterstützen.

II

Der Gemeinsame Markt ist inzwischen in eine greifbare Nähe gerückt, doch die daraus sich zwangsläufig ergebende *Notwendigkeit eines gemeinsamen wirtschaftspolitischen Handelns* ist viel zu wenig berücksichtigt worden. Heute ist es offensichtlich, daß die eigentliche Belastungsprobe zwischen den EWG-Ländern beim Übergang von der Zollunion zur Wirtschaftsunion entsteht. In dieses Stadium sind wir bereits eingetreten, ohne einen wesentlichen Erfolg zu sehen.

Das Kernstück der Wirtschaftsunion bildet die Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitik zu einer *gemeinsamen Wirtschaftspolitik*, insbesondere der Konjunktur-, Währungs-, Handels- und Steuerpolitik. Eine gemeinsame Wirtschaftspolitik setzt aber die *Übertragung nationaler Souveränitätsrechte auf supranationale Organe* voraus. Und gerade dies ist der springende Punkt, an dem die natürliche Belastungsprobe der EWG zu einer Zerreißprobe zu werden scheint.

Nach Jahren ideologischer Auseinandersetzungen um die Berechtigung einer volkswirtschaftlichen Planung ist wenigstens ein praktischer Schritt getan worden, indem die EWG-Kommission den Entwurf des ersten Programms zur mittelfristigen Wirtschaftspolitik von 1966 bis 1970 vorlegte. In diesem Programm stecken eine Reihe von recht positiven Leitlinien, wie beispielsweise die Beschäftigungspolitik. Aber insgesamt gesehen, stellt dieses Programm mehr einen Katalog von Grundsätzen und Absichten dar als konkrete Vorschläge und Instrumente, wie diese Politik in die Praxis umgesetzt werden

soll. Wir sind also noch weit entfernt vom Wege einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik innerhalb der EWG.

Die wirtschaftliche Entwicklung geht jedoch weiter voran. Die Konzentration des Kapitals und der Unternehmen schreitet mit starkem Tempo weiter. Zwischen den Konzernen und Großunternehmen vollzieht sich in der Praxis eine ständig engere Kooperation und Integration. Diese Entwicklung birgt die Gefahr in sich, daß sich hier ein *Europa der Monopole und Kartelle* herausbildet.

Aus diesem Grunde ist es so wichtig, *unser Aktionsprogramm noch stärker zu präzisieren* und damit gefährliche Entwicklungen bei der wirtschaftlichen Integration zu bekämpfen. Der Ausschuß „Demokratisierung der Wirtschaft“ beim Europäischen Gewerkschaftssekretariat hat durch seine Arbeit bereits hervorragend dazu beigetragen, unsere Vorstellungen zur Demokratisierung der Wirtschaft klar zu formulieren und aufeinander abzustimmen.

Diese Tätigkeit muß fortgesetzt und vertieft werden, um die Koordination der gewerkschaftlichen Vorstellungen zu beschleunigen und unsere Kräfte zusammenzufassen für eine demokratische Gestaltung der Wirtschaft. Wir können unter keinen Umständen einer Wirtschaftspolitik der EWG-Kommission, der nationalen Regierungen und der Unternehmer zustimmen, an deren Vorbereitung, Beschlußfassung und Durchführung die Gewerkschaften nicht *maßgebend* beteiligt sind.

Diese gewerkschaftliche Position müssen wir auch speziell gegenüber der *Einkommenspolitik* einnehmen, weil sie uns in den gewerkschaftlichen Aktionen direkt betrifft. Der Ausdruck ist in jüngster Zeit beinahe zu einem Schlagwort geworden, unter dem man die verschiedensten Dinge verstehen kann. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Einkommenspolitik häufig auch als schönes Etikett erwähnt wird, um bestimmte politische Handlungen der Regierungen zu decken.

Wir haben immer wieder betont, daß eine wirkliche Einkommenspolitik die Gesamtheit der Einkommen umfassen muß, nicht nur die Löhne, sondern auch die Gewinne. Wir haben auch stets hervorgehoben, daß praktisch *alle* wirtschaftspolitischen Maßnahmen sich auf die Einkommensverteilung auswirken. Die Preispolitik und Strukturpolitik sind nur die markantesten Beispiele dafür.

Aber in der Praxis verstehen die meisten Regierungen die staatliche Einkommenspolitik lediglich als ein geeignetes Mittel, die Lohnpolitik der Gewerkschaften zu bremsen oder sogar zu blockieren. Diese Tendenz zeigt sich auch im Programm der mittelfristigen Wirtschaftspolitik der EWG-Kommission. Gegen diese Vorstellung müssen und werden wir uns entschieden zur Wehr setzen. *Wir können keiner Politik zustimmen, die darauf hinzient, die bestehende Einkommensverteilung zu zementieren und die Tarifautonomie der Gewerkschaften praktisch einzuschränken.*

Der „Tarifausschuß“ beim Europäischen Gewerkschaftssekretariat hat sich mit diesen Problemen schon beschäftigt. Diese Tätigkeit muß weiter ausgebaut werden, damit wir für unsere Tarifpolitik klar den gesellschaftspolitischen Trend der Regierungen erkennen und damit die Kraft unserer gewerkschaftlichen Organisationen weiter für eine aktive Tarifpolitik eingesetzt werden kann.

III

In dieser Richtung ist erfreuliche Arbeit geleistet worden. Wir sollten alle Möglichkeiten nutzen, um unsere gewerkschaftspolitischen Vorstellungen und die darauf fußenden Aktionen zu koordinieren. Die ökonomische und politische Entwicklung zwingen uns dazu, *die internationale Solidarität, zu der wir uns immer bekannt haben, nun auch zu praktizieren.*

FÜR EIN EUROPÄISCHES GRUNDSATZPROGRAMM!

Die Arbeiten der beiden Ausschüsse dienen nach meiner Auffassung aber auch zur *Vorbereitung eines Grundsatzprogramms für die europäische Gewerkschaftsbewegung*. Das konkrete Aktionsprogramm sollte ergänzt werden durch ein Grundsatzprogramm. Damit dürfen wir es uns nicht leichtmachen, und wir dürfen davon auch keine Wunder erwarten. Es wäre bedenklich, ein Bündel von allgemeinen Forderungen daraus zu machen und zu glauben, daß uns dies in unserer Gewerkschaftspolitik weiterbringt.

Wenn ein Grundsatzprogramm einen Sinn haben kann, dann nur den, daß es uns hilft, die Aufgaben unserer Gewerkschaftsbewegung in dieser Zeit besser zu verstehen und auch der Verständigung unter uns selbst zu dienen. Es muß eine möglichst breite Grundlage bieten für alle gewerkschaftlichen Kräfte, die an einem *sozialen und demokratischen Europa* mitarbeiten wollen.

Dabei kann es sich nicht auf das beschränken, was wir heute und morgen für praktikabel halten. Ein solches Programm muß vielmehr *eine längere Perspektive* haben. Dabei wird es von außerordentlicher Bedeutung sein, daß wir mit dem Grundsatzprogramm auch *den* Gewerkschaftsorganisationen eine Plattform anbieten, die heute noch nicht zu unserer Internationale gehören. Denn ihre Positionen verändern sich rasch. Und wir müssen alles tun, daß sie sich in Richtung auf die freie demokratische Gewerkschaftsbewegung hin entwickeln. Schon heute ist erkennbar, daß auch die kommunistischen Gewerkschaften Italiens und Frankreichs einem Wandlungsprozeß unterliegen.— Und die Zusammenarbeit mit den christlichen Organisationen ist zum Teil schon eine Realität. Es muß unsere Aufgabe sein, was sich hier möglicherweise anbahnt, genau zu beobachten. In diesem Prozeß müssen wir unter Aufrechterhaltung unserer grundsätzlichen Auffassung die treibende Kraft sein.

Es ist zweifellos notwendig, das Europäische Gewerkschaftssekretariat zu stärken. Dazu gehört aber auch, die Doppelgleisigkeit der rivalisierenden Organisationen bald zu beseitigen. Dazu gehört ferner, die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Gewerkschaftssekretariat und den Industrieausschüssen zu intensivieren.

Entscheidend aber bleibt die Aufgabe, die organisatorische und politische Kraft der Gewerkschaften zunächst innerhalb der verschiedenen Länder zu erhöhen. Die Methoden und Mittel dazu sind vielfältig und differenziert. Wir sollten uns hier nicht unbedingt auf ein bestimmtes Rezept festlegen, denn letzten Endes entscheidet der Erfolg. Organisationsformen unterliegen einem langen Prozeß. Besonders in internationalen Fragen muß man Geduld haben. Denn: Bei allen Überlegungen über die Verbesserung der gewerkschaftlichen Arbeit auf europäischer Basis dürfen wir die Voraussetzungen in den Ländern nicht vergessen. Es ist unsere tägliche und dauernde Aufgabe, die Mitgliedsstärke und das Beitragsaufkommen zu erhöhen und gleichzeitig das politische Bewußtsein und die Kampfbereitschaft unserer Mitglieder und Funktionäre zu stärken.

Unsere Stärke hängt schließlich ab vom Organisationsgrad der Arbeitnehmer und den finanziellen Reserven der Gewerkschaften. Und wir sind auf europäischer Ebene nur so stark, wie wir es in den einzelnen Ländern sind. Der notwendige Überbau auf EWG-Ebene muß sich auf einen soliden Unterbau der einzelnen Gewerkschaftsorganisationen stützen. Und deshalb ist es die Aufgabe von uns allen, die Schlagkraft der Organisationen mit eigenen Mitteln und der Unterstützung durch den Gemeinsamen Fonds zu intensivieren.

Als wir vor drei Jahren den Gedanken einer Intensivierung unserer gewerkschaftlichen Arbeit im europäischen Rahmen für vordringlich hielten, waren wir uns darüber im klaren, daß erst ein Anfang gemacht war. Heute können wir eine erfreuliche Weiterentwicklung feststellen, nicht nur in Richtung auf eine einheitliche, sondern auch auf eine bessere Welt, eine Welt des *Friedens*, der *Freiheit* und der *sozialen Gerechtigkeit!*